

## **Zusammenfassung des Buchs „Graubünden und der Zweite Weltkrieg. Alltag im Ausnahmezustand“ von Christian Ruch**

Der Zweite Weltkrieg als ein auch in seinen Auswirkungen auf neutrale Länder Totaler Krieg war die schwerste Belastungsprobe für die Schweiz seit der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848. Sie hat diese Jahre so unbeschadet überstanden, dass man im Nachkriegsdiskurs bis weit in die 1990er-Jahre hinein das Narrativ einer Erfolgsgeschichte pflegte. Die Kehrseite – der Preis für diese Erfolgsgeschichte – wurde lange ausgeblendet oder zumindest nicht intensiv diskutiert. Dazu zählt vor allem die Kollaboration mit den Achsenmächten auf wirtschaftlicher Ebene, sei es auf dem Gebiet der Produktion, der Finanzdienstleistungen, der Energieversorgung oder des Verkehrs (z. B. ungestörter Transit durch die Alpen).

Für die Bündnerinnen und Bündner wie für die Schweizer Bevölkerung generell war der Krieg keine Überraschung. Er war die fast zwangsläufige Schlussfolgerung aus der Beobachtung der stetig aggressiver werdenden Aussenpolitik des NS-Regimes. Schwer abzuschätzen war das Geschehen aber dennoch: Man wusste nicht, was auf einen zukommen, wie lange der Krieg dauern und welches Ausmass er annehmen würde. Mehrheitlich einig war man sich in der Hoffnung, dass die Alliierten den Krieg gewinnen und Hitler in die Schranken weisen würden. Denn dass er die Hauptschuld am erneuten Krieg in Europa trug, war ebenfalls Mehrheitsmeinung. Sich mit «Tellenmut und Pestalozzegeist» der Bedrohung zu stellen und auf sie notfalls militärisch zu antworten, stand für die allermeisten Bündnerinnen und Bündner ausser Frage, und gross war das Vertrauen in den zum General gewählten Henri Guisan. Mangelhafte Ausrüstung, der Zwang zur Improvisation und das Problem, dass der Landwirtschaft aufgrund der Mobilmachung ausgerechnet zur Erntezeit die Arbeitskräfte entzogen wurden, scheinen der Motivation, sich um jeden Preis zu verteidigen, ebenso wenig angehabt zu haben wie die spürbaren Veränderungen und Einschnitte im Alltag.

Bestürzte Reaktionen zog im April 1940 der Überfall auf die wie die Schweiz neutralen Staaten Dänemark und Norwegen nach sich. Den norwegischen Widerstand beobachtete man daher mit viel Sympathie. Noch bedrohlicher erschien aber wenige Wochen später das deutsche Vorgehen gegen die Niederlande, Belgien, Luxemburg und vor allem Frankreich. Die militärischen Erfolge der Wehrmacht lösten gleichermassen Angst und Faszination aus. Damit war die Voraussetzung gegeben, dass angesichts eines angeblich bevorstehenden Angriffs im Mai 1940 vor allem in den Grenzregionen zu Deutschland vorübergehend so etwas wie Panik aufkommen konnte. Wilde Gerüchte und die Furcht vor einer Fünften Kolonne taten ein Übriges, die Lage als unberechenbarer einzuschätzen, als sie es faktisch war.

Die Niederlage Frankreichs im Juni 1940 wurde als eine gigantische Katastrophe empfunden, auf die bei vielen Menschen Hoffnungslosigkeit folgte. Die Kontingenz des Krieges schien einer neuen Kontinuität der nationalsozialistischen Herrschaft über Kontinentaleuropa zu weichen. Sofern es für die von den Achsenmächten nahezu komplett eingeschlossene Schweiz überhaupt noch Hoffnung gab, ruhte sie jetzt auf der Widerstandskraft Grossbritanniens. Irritiert musste die Bevölkerung zur Kenntnis nehmen, dass der Bundesrat, wie die viel kritisierte Rede Pilet-Golaz' nahelegte, offenbar bereit war, sich den neuen Verhältnissen anzupassen und die Armee erheblich demobilisierte, während General Guisan mit der neuen Strategie des Réduit am Verteidigungswillen festhielt – einer Strategie allerdings, die das Mittelland und auch weite Teile Graubündens aussparte. Dennoch erwies sich der zum Widerstand entschlossene Guisan nun einerseits als Antipode des als wankelmütig kritisierten

Bundesrates, andererseits aber als ruhiger, klug handelnder und väterlich wirkender Antagonist zum unberechenbaren, dämonisch wirkenden «Führer» Adolf Hitler.

Das Ausbleiben eines deutschen Angriffs oder anderer Kampfhandlungen auf Schweizer Boden sowie die Beobachtung des unermesslichen Leids in Europa liessen im Laufe des Krieges immer mehr die Idee aufkommen, dass das Land durch das Wunder göttlicher Fügung und Vorsehung vor den schlimmsten Auswirkungen des Totalen Krieges bewahrt blieb. Es wurde also sozusagen die unbestimmbare Kontingenz des Krieges in eine bestimmbare Kontingenz, die göttliche Fügung, transferiert. Damit gab es nun zumindest eine Erklärung für die Verschonung: den göttlichen Willen.

Hinzu kam die beruhigende Beobachtung, dass die vermeintlich unbesiegbare Wehrmacht nicht unverwundbar war und bezwungen werden konnte. Das symbolisierte vor allem das Menetekel der propagandistisch für das NS-Regime verheerenden Niederlage in Stalingrad Anfang 1943. Für das Kriegsgeschehen in Mitteleuropa aber wesentlich bedeutsamer war die Landung der Alliierten auf Sizilien im Juli 1943, weil damit nun der Sturm auf die von Nationalsozialisten proklamierte «Festung Europa» begonnen hatte. Die Gefühle der Bündnerinnen und Bündner waren wohl ambivalent: Einerseits sah man mit Genugtuung, wie die Befreier von Süden her näher rückten, andererseits beinhaltete gerade diese Entwicklung mittelfristig die Kontingenz eines Übergreifens des Krieges auf Schweizer Gebiet. Immerhin berechtigten die Ereignisse in Italien nun erstmals dazu, an eine Nachkriegszeit zu denken, ohne dabei eine nationalsozialistische Hegemonie fürchten zu müssen.

Die Abstürze von und Bombardierungen durch Maschinen der alliierten Luftwaffe nahm wohl eine überwiegende Mehrheit der Bündnerinnen und Bündner im Interesse der Befreiung als Kollateralschaden in Kauf, obschon die US-Bomber auch in Graubünden Angst und Beunruhigung verbreiteten und mitunter erhebliche Schäden hinterliessen. Doch führte selbst das nicht zu einem Hass auf die Befreier, vielmehr äusserte man Unverständnis und Kritik über die Versuche der Schweizer Flugabwehr, im Interesse einer strikten Neutralität auch alliierte Flieger abzuschliessen.

Das Kriegsende, das die Menschen einerseits mit grosser Erleichterung, Dankbarkeit und einmal mehr grossem Staunen über das Gott zugeschriebene Wunder, vom Krieg verschont worden zu sein, erlebten, brachte andererseits auch die grauenhafte Gewissheit mit sich, welches Ausmass die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden angenommen hatte. In der kollektiven Erinnerung scheinen erst das Ende des Krieges beziehungsweise die unmittelbaren Wochen davor Informationen über den Holocaust mit sich gebracht zu haben. Das mag richtig sein, was Details der Vernichtung angeht. Vom factum brutum der Deportation und Ermordung an sich berichteten Schweizer Medien und Augenzeugen jedoch schon weitaus früher, wobei sich allerdings die Frage stellt, ob man dem angesichts der buchstäblich unglaublichen Monströsität des Geschilderten Glauben schenken konnte und ob man es überhaupt so genau wissen wollte. War die Berichterstattung am Anfang eher vage, schrieben einzelne Presseorgane allerdings bereits 1944 explizit von «Vernichtungslagern».

In der vor allem durch die Verfolgung von Jüdinnen und Juden drängenden Flüchtlingsproblematik trat in der offiziellen Politik des Bundes und der Kantone immer wieder ein Wertekonflikt zwischen der Kontinuität der Asyltradition und einem Kontingenzvorbehalt unter der Chiffre der Überfremdung zutage. Konkret bedeutete das, Asyl und wenn immer möglich allenfalls temporär zu gewähren. Dies zog eine an der Kontingenz des Krieges orientierte und vor allem tendenziell restriktive Flüchtlingspolitik nach sich, die angesichts der einsetzenden Vernichtung von Jüdinnen und Juden in der Öffentlichkeit immer wieder auf Kritik stiess, so etwa im

Spätsommer 1942. Zudem war eine Aufnahme oder Rückweisung nicht selten schon deshalb kontingent, weil es stark darauf ankam, an welche Grenzwachtbeziehungsweise Armeeorgane die Flüchtenden gerieten. Auch die Behandlung in den Arbeits- und Internierungslagern sowie anderen Flüchtlingseinrichtungen waren oft von der Persönlichkeit und dem Charakter des Schweizer Leitungs- und Bewachungspersonals abhängig.

Wie viele Geflüchtete in Graubünden Aufnahme fanden, ist ebenso unbekannt wie die Zahl jener, die abgewiesen wurden. Es scheint jedoch einigermaßen gesichert zu sein, dass rund fünf Prozent aller Flüchtlinge die Schweiz auf Bündner Boden erreichten. Die Kantonsbehörden betrieben vor allem in den ersten Kriegsjahren eine an Kostenvermeidung und -verminderung ausgerichtete Flüchtlingspolitik, wobei Regierungsrat Luigi Albrecht durchaus eine grossherzige Haltung attestiert wurde. Zu einem deutlich mehr an Humanität orientierten Handeln scheint es ab 1943 gekommen zu sein, als durch die Ereignisse in Italien nun auch an der Bündner Südgrenze das Thema Flucht sozusagen ein vielhundertfaches Gesicht bekam, was grosse Solidarität in der Südbündner Bevölkerung auslöste. Gleichzeitig war der Kanton an der Arbeitskraft der Flüchtlinge interessiert, insofern blieb die Kosten-Nutzen-Relation als Legitimationsfaktor durchaus erhalten, sodass man eine Art humanistischen Utilitarismus in der Bündner Flüchtlingspolitik erkennen kann. Der wirtschaftliche Nutzen für den Kanton war schon deshalb nicht unerheblich, weil die teilweise sehr schlecht bezahlten Flüchtlinge – dies gilt vor allem für die polnischen Internierten – Arbeiten durchführten, die dem Mehranbau in der Landwirtschaft und den Gemeinden in Form neuangelegter Strassen und Wege («Polenwege») zugutekamen. Dabei handelte es sich teilweise um Projekte, die gerade deshalb in Angriff genommen werden konnten, weil die Internierten untertariflich entlohnt wurden. Trotz dieses Mehrwerts für die Bündner Bevölkerung, den Kanton und die Gemeinden standen gerade diejenigen Flüchtlinge, die ihre notabene unverzichtbare Arbeitskraft einbrachten – in erster Linie Polen, aber auch Franzosen und Italiener –, vielfach nicht hoch im Ansehen. Die Vorwürfe reichten von Disziplinlosigkeit und Faulheit über Alkoholmissbrauch bis hin zu unerwünschten Kontakten mit einheimischen Frauen. Die Politik von Armee und Behörden, die Internierten zu isolieren und in ihren Rechten stark einzuschränken, bewirkte und verstärkte eine flagrante, den Verantwortlichen durchaus bewusste Stratifizierung: Polnische Internierte wurden restriktiver behandelt als italienische, beide Gruppen aber wiederum weitaus restriktiver als amerikanische und britische, deren Internierung eher an einen Ferienaufenthalt erinnerte und die auch in der Bevölkerung – wohl nicht zuletzt dank ihrer Funktion als Befreier – auf weitaus mehr Sympathie trafen. Die heutige kollektive Erinnerung zeichnet damit zumindest von der Anwesenheit der Polen ein idealisiertes Bild, das viele Konflikte ausblendet. Die Flüchtlingspolitik war immer auch von der Furcht vor dem Mangel geleitet. Und tatsächlich war der Mangel an Nahrungsmitteln, aber auch an anderen lebenswichtigen Gütern die wohl spürbarste Auswirkung des Krieges im Alltag der Bündnerinnen und Bündner. Sie fanden sich in einem komplexen Rationierungssystem wieder, das immerhin Hunger vermeiden konnte. Der Mangel brachte es mit sich, dass deviantes Verhalten wie Schwarzhandel und Hamsterkäufe offiziell als eine Art des Landesverrats gebrandmarkt, von Teilen der Bevölkerung aber dennoch als vermeintlich harmloses Kavaliersdelikt praktiziert wurde.

Die zur Minderung der Lebensmittelknappheit, ja sogar zur Verwirklichung der Autarkie ausgerufene Anbauschlacht verlief nicht so heroisch, wie sie im kollektiven Gedächtnis der Nachkriegszeit verankert ist. Zum einen verfehlte die Schweiz klar das Ziel der Autarkie, zum anderen stiess das Projekt in Graubünden bei den Landwirten in den Bergregionen, die von den Massnahmen ganz besonders betroffen waren, auf grosse

Skepsis und Kritik, dies vor allem mit Hinweis auf die für intensiven Ackerbau unzulänglichen topografischen und klimatischen Gegebenheiten. Hinzu kamen fehlendes Wissen sowie als lästig empfundene behördliche Vorgaben und Vorschriften. Als eines der grössten Probleme der Anbauschlacht stellte sich der Mangel an Arbeitskräften heraus. Durch das kriegsbedingte Ausbleiben italienischer Saisonarbeitskräfte und die häufigen Einberufungen der Männer zur Armee erhöhte sich die Arbeitsbelastung für Frauen, ältere Personen und Kinder. Kompensiert werden sollte der Mangel durch den Arbeitseinsatz Jugendlicher, deren mangelhafte Tauglichkeit aber nur bedingt Abhilfe schuf. Zudem mussten immer wieder Jugendliche zum Einsatz verpflichtet werden.

Viele Landwirte und Grossräte waren daher der Auffassung, dass an der traditionellen Arbeits- und Aufgabenteilung – Viehwirtschaft in den Bergregionen, Ackerbau im Tal – festgehalten werden sollte. Festsustellen war also ein Konflikt zwischen der Kontingenz der Lebensmittelversorgung und der Kontinuität traditioneller Bewirtschaftungsformen. Der Kanton setzte auf eine vermehrte Nutzung brachliegender Flächen in Tallagen, intervenierte aber auch immer wieder beim Bund, wenn er die Vorgaben aus Bern für unrealistisch hielt. Neben aller Skepsis und Kritik bis hin zum Widerstand gab es aber auch eine begeisterte Beteiligung an der Anbauschlacht, dies vor allem unter Gärtnern und Personen, die nichts mit Landwirtschaft zu tun hatten, aber ihren Beitrag zur Landesversorgung leisten wollten, sowie Menschen, die sich, etwa im Engadin, durch die postulierte Unmöglichkeit, erfolgreich Ackerbau betreiben zu können, herausgefordert fühlten, es dennoch zu versuchen. Diese kollektive Anstrengung hatte einen wichtigen psychologischen Effekt: Die Menschen, die ohnmächtig auf die vermeintliche Übermacht und die Bedrohung durch Hitler-Deutschland reagierten, bekamen das Gefühl, ihr in einem Akt des Widerstands etwas entgegensetzen zu können, und sei es nur in Form selbstgeplanter Kartoffeln.

Die Bilanz der Anbauschlacht fällt für Graubünden also durchgezogen aus: Das Anbauziel wurde zwar in vielen Regionen des Kantons und auch insgesamt klar verfehlt, die Anbaufläche aber erheblich ausgeweitet. Neben dem psychologischen Effekt des, wenn auch nur symbolischen, Widerstands förderte die Anbauschlacht durch den Landdienst Jugendlicher zudem die Binnenkommunikation innerhalb des Kantons.

Eine starke Diskrepanz zwischen Kontinuität und Kontingenz zeigte sich ebenso im Bereich der Zensur. Sie hatte zum Ziel, zur demonstrativen Wahrung der Neutralität aber auch zur Ausschaltung propagandistischer Einflüsse von aussen die Kontinuität der Presse- und Meinungsfreiheit notfalls auszusetzen, sofern die Kontingenz der Berichterstattung als aussen- oder sicherheitspolitisches Risiko erschien. Von den Zensurmassnahmen betroffen war vor allem die linksliberale Neue Bündner Zeitung, die ihre Ablehnung des NS-Systems und ihre Sympathien für die Alliierten kaum verhehlte. Die Zeitung wehrte sich gegen diese Massregelungen und dies in einigen Fällen mit Erfolg. Der Vorwurf an die Zensurbehörden lautete, dass sie im Grunde eine individuelle Gesinnungsneutralität verlange, anders gesagt, die Kontingenzformel Krieg zur Rechtfertigung für den Verzicht auf Meinungskontingenz und -devianz herangezogen wurde. Dabei machten die Interventionen selbst vor offiziellen Veröffentlichungen wie der Rede des Landespräsidenten Gaudenz Canova zur Sessionseröffnung im November 1940 oder dem Bündner Bettagsmandat im September 1943 nicht Halt, wenn es – zumindest aus Sicht der um Risikovermeidung bemühten Bundesbehörden – galt, Kontingenzminimierung höher zu gewichten als demokratische Kontinuität, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die publizistische Tätigkeit des streitbaren Theologen Leonhard Ragaz zeigen. Eine

andere Art der Kontingenzminimierung und Risikovermeidung stellten die nach innen gerichteten Massnahmen der Abwehr von Saboteuren, Spionen und Landesverrätern dar. Die Furcht vor der Fünften Kolonne war vor allem in der ersten Jahreshälfte 1940 Ausdruck grosser Unsicherheit und Furcht vor dem nationalsozialistischen Deutschland. Mit über 2000 fichierten Personen aus dem In- und Ausland sah die Politische Polizei des Kantons auch in Graubünden ein gewisses Bedrohungspotenzial. Dass die Informationen oft durch Verdächtigungen und Denunziationen zustande kamen, war dabei sogar gewollt. Allerdings hatte das Denunziantentum eine Kehrseite: Die Aktivitäten und die Dominanz der Nationalsozialisten im von vielen Deutschen bewohnten Davos erschienen oft dramatischer als es einer Überprüfung standhielt. Dessen ungeachtet erwies sich das Vorgehen der kantonalen Behörden und der Bundesbehörden gegen die regen Aktivitäten der NSDAP-AO inner- und ausserhalb von Davos oft als zaghaft, dies aufgrund fehlender personeller Ressourcen auf kantonaler Ebene, aber auch aus Furcht vor aussenpolitischen Friktionen und deutschen Vergeltungsmassnahmen. Diese Haltung nahmen Medien und Öffentlichkeit als zu lasch wahr, was vereinzelt schon vor, insbesondere aber nach Kriegsende heftige Kritik auslöste. Der laute Ruf nach «Säuberung» sollte nicht zuletzt das insgeheime Eingeständnis übertönen, dass die Schweiz nicht so sehr durch göttliche Fügung und standhaften Wehrwillen, sondern durch eigenes Zutun etwa in Form wirtschaftlicher Kollaboration mit NS-Deutschland den Krieg heil überstanden hatte. Dies betraf auch die lokale Ebene in Davos, wo deutsche Gäste und Patienten einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellten. Es fehlte zwar nicht an Versuchen auf kantonaler Ebene, die nationalsozialistischen Aktivitäten und ihre provokative Präsenz nicht überborden zu lassen, doch erwiesen sich diese als wenig effizient und nachhaltig, was ebenfalls die Frustration der Bevölkerung vor dem Krieg und ihre Wut auf die Bündner Behörden nach dem Krieg erklärt.

Im Vergleich zur NSDAP entfalteten italienische Faschisten und Schweizer Frontisten eher bescheidene Aktivitäten. Daneben gab es immer wieder einzelne Persönlichkeiten wie John Knittel oder Andreas von Sprecher, denen man nationalsozialistisches Gedankengut zuschrieb. Was man beiden Personen sicher attestieren kann, ist der grosse Eindruck, den die militärischen Erfolge Deutschlands in der ersten Kriegsphase auf sie machten. Sowohl Knittel als auch von Sprecher zogen daraus den Schluss, dass sich die Schweiz dieser Situation anzupassen habe. Die Unterzeichner der Eingabe der Zweihundert gewichteten die Kontinuität der Schweizer Unabhängigkeit höher als die Kontinuität der Schweizer Demokratie, wobei sie die deutsche Dominanz als gegebenes Faktum annahmen und die Kriegskontingenz offenbar vollkommen ausblendeten. Jedenfalls genügte das, um sie in die Nähe von Landesverrätern zu rücken. Im Falle Knittels mögen auch noch seine Abneigung gegen die Briten und eine persönliche Selbstüberschätzung hinzugekommen sein, um sein Auftreten in Bern und Berlin zu erklären. Im Falle von Andreas von Sprecher scheint die heftige Kritik an der von ihm initiierten Eingabe der Zweihundert nicht zuletzt die Funktion gehabt zu haben, stellvertretend ein Exempel zu statuieren, um dem Bedürfnis nach «Säuberung» Rechnung zu tragen.

Politischen Gegnern eine Nähe zum Nationalsozialismus zuzuschreiben, gehörte auch zur Semantik und Rhetorik der Bündner Innenpolitik, wo sich mit abnehmender Bedeutung der Kontingenzformel Krieg ein wüst anmutender Schlagabtausch zwischen der Demokratischen Partei und dem Bürgerblock aus Freisinnigen und Konservativen entwickelte, aber auch zwischen Reformierten und Katholiken. Dass er sich nach Kriegsende fortsetzte, zeigt, dass es bei allen Versuchen, den Gegner zu diskreditieren, in erster Linie um parteipolitische Interessen ging, selbst dann, wenn man ihm fehlerhaftes und anpasserisches Verhalten in der ersten Kriegsphase

vorwarf. Die Verwendung einer die Kriegereignisse reflektierenden Rhetorik und Semantik verdeutlicht, wie prägend die Kriegsjahre für Bündnerinnen und Bündner (wie für die gesamte Schweizer Bevölkerung) waren. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu untersuchen, ob die Menschen im Zweiten Weltkrieg resilienter waren als heutzutage. Es scheint so, als ob man die Einschränkungen im täglichen Leben damals um einiges klagloser hinnahm als beispielsweise die Restriktionen im Zuge der Corona-Pandemie. Zu untersuchen wäre, ob Individualisierung und Wohlstand sowie die damit verbundene Anspruchs- und Erwartungshaltung die Resilienzfähigkeit und -bereitschaft reduziert haben. Vielleicht fiel die Akzeptanz aber auch nur des halb leichter, weil man angesichts des millionenfachen Leids, dessen Zeuge man wurde, einfach nur froh war, unbeschadet davonzukommen. Der sichtbare Schrecken des Krieges war womöglich um einiges eindrucksvoller und beängstigender als ein unsichtbares Virus.

Auf jeden Fall mussten die eigentlich stark auf Kontinuität angelegten sozialen Funktionssysteme Graubündens und der Schweiz sich mit einer hochkontingenten Umwelt auseinandersetzen und auf sie reagieren, ohne sie gross beeinflussen zu können. Man musste daher nolens volens in vielen Systemen das praktizieren, was eingangs unter dem Stichwort «Legitimation durch Verfahren» ausgeführt wurde. Es musste unter Hintanstellung von Werten und Überzeugungen immer wieder situativ, man könnte auch sagen improvisierend, reagiert werden, so etwa in der Flüchtlingspolitik: Die Überzeugung, die Schweiz vor «Überfremdung» schützen zu müssen, liess sich angesichts der Flüchtlingsbewegungen vor allem in den Jahren 1943 und 1945 nicht mehr durchsetzen. Auch die beabsichtigte konsequente Segregation von polnischen Internierten und Schweizerinnen gelang nicht. Ebenso wenig liess sich im Umgang mit amerikanischen und britischen Internierten jene Disziplin etablieren, die man von Polen und Italienern verlangte. Das heisst, dass die Realität der Flüchtlingsproblematik Vorschriften und Richtlinien immer wieder als untauglich für die Praxis vor Ort erscheinen liess.

«Legitimation durch Verfahren» bedeutet – negativ betrachtet – die Bereitschaft zu inkonsequentem, opportunistischem, ja sogar ungerechtem und gerade darum enttäuschendem Handeln. Positiv betrachtet bedeutet es Flexibilität. Flexibilität aber heisst, dass besser auf die Komplexität der Umwelt reagiert werden kann, und das wiederum hat zur Folge, dass die Funktionssysteme selbst immer komplexer werden können – das aber ist das Merkmal von Modernisierung. Es wäre also ein interessantes Anschlussforschungsprojekt, herauszufinden, inwiefern die Kontingenz des Zweiten Weltkrieges die Modernisierung Graubündens vorangebracht hat. Sollte dies der Fall sein, dann wäre der Kanton, in dem wir heute leben, so, wie er ist, auch ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges.